

**Vorlage Nr.: LS\_P/0036/2023**

Aktenzeichen:

Zuständiger Bereich: Landessynode

Verantwortlich: Dr. Frank Vogelsang

frank.vogelsang@ekir.de

## Beschlussvorlage

### Energiekrise, Inflation und Armut

<b>Gremium</b>	<b>Zuständigkeit / Zusatzinfo</b>	<b>Datum / Dauer</b>	<b>Berichterstattung</b>
Landessynode	Entscheidung	20.01.2023	Vogelsang, Frank, Dr.

Anlage(n):

Energiekrise, Inflation und Armut

### Beschluss:

I.

Die Landessynode dankt der Fachgruppe Sozialethik und dem Ausschuss für Öffentliche Verantwortung für die Vorlage „Energiekrise und Armut“. Sie macht sich die Forderungen unter Punkt II zu eigen und bestärkt, dass kirchliche Akteure im Sinne des Punktes III in enger Abstimmung mit den Einrichtungen der Diakonie tätig werden.

II.

Damit sind die Anträge der Kreissynoden Bonn sowie Bad Godesberg Voreifel betr. Energiekrise und Armut erledigt.

## **Energiekrise, Inflation und Armut Thesen zur Situation und zum Handeln**

### **I. Armut verschärft sich. Jetzt und hier.**

1. Der verbrecherische Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die Folgen der wechselseitigen Sanktionen haben zu einer erheblichen Unsicherheit bei der Energieversorgung und zu wirtschaftlichen Verwerfungen geführt, die alle Lebensbereiche in unserem Land betreffen.

2. Wirtschaft und Privathaushalte spüren bereits die extrem steigenden Preise. Insbesondere Personen mit geringem Einkommen können ihren alltäglichen Bedarf kaum noch finanzieren. Die steigenden Energiepreise belasten nicht nur die Endabnehmer:innen, die Haushalte, sondern auch kleine und mittlere Betriebe, vor allem energieintensive Handwerksbetriebe und Kleinunternehmer:innen.

3. Die steigenden Preise treffen auf eine Gesellschaft, die von großer Ungleichheit geprägt ist. Diese zeigt sich sowohl bei der Verteilung der Vermögen wie auch bei den Unterschieden in den verfügbaren Einkommen. Die Inflation verstärkt diese Ungleichheit, die insbesondere auch zu einer Verschärfung der Kinderarmut führt.

4. Einkommensschwache Haushalte leiden überproportional stark unter der rasanten Teuerung, was in vielen Fällen zu existenzbedrohenden Krisen führt. Die einkommensschwächsten Haushalte geben einen großen Teil ihres Einkommens für die Preistreiber Nahrungsmittel, Wohnen und Haushaltsenergie aus. Die betroffenen Haushalte geraten zunehmend in eine finanziell aussichtslose Situation.

5. Aus der Beratungsarbeit der Diakonischen Werke wissen wir, dass Menschen am Ende des Monats ihre Lebensmittel nicht mehr bezahlen können. Die Verzweiflung ist groß und wächst weiter. Viele „Tafeln“ melden einen Zustrom von Menschen in bisher ungekanntem Ausmaß und haben zum Teil einen Aufnahmestopp verhängt. Menschen berichten, im Supermarkt gestohlen zu haben, weil ihnen Geld für die nötigsten Lebensmittel fehlt. Kinder werden aus der Betreuung abgemeldet, weil das Geld für das Pausenbrot fehlt.

6. In der politischen Diskussion werden Menschen mit geringem Arbeitseinkommen und Sozialleistungsempfänger:innen (Empfänger:innen von Bürgergeld, Asylbewerber:innen, ...) gegeneinander ausgespielt, oft mit falschen Behauptungen über die Höhe ihrer Einkommen. Beide brauchen Hilfe bei der Finanzierung ihres Lebens.

7. Die Maßnahmen zur Eindämmung der aktuellen Energiekrise dürfen die langfristige Orientierung nicht verdecken: Die Energiepolitik der letzten Jahrzehnte hat den schon lange notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien stark vernachlässigt. Deutschland hat sich zugleich in eine Abhängigkeit von fossilen Energien und besonders von russischem Gas manövriert. Das erst hat die Grundlage für die heutige Energiekrise geschaffen. Bei allen aktuellen Krisen ist es deshalb wichtig, das langfristige Ziel nicht aus den Augen zu verlieren, den zügigen und umfassenden Ausbau regenerativer Energiequellen.

### **II Was muss die Gesellschaft tun?**

1. Wir begrüßen die bisherigen Anstrengungen der Bundesregierung und der Landesregierungen, Notsituationen, die durch die aktuelle Krise entstehen, abzufedern. Darüber hinaus fordern wir, alles Notwendige zu tun, damit insbesondere Menschen mit geringem Einkommen ihre Lebenshaltungskosten weiterhin decken können, inklusive Heizung und Strom.

2. Für alle Personenkreise muss gelten, dass

- Menschen ihre Wohnung nicht verlieren dürfen.
- Strom- und Gassperren vermieden werden müssen.
- das Existenzminimum gewährleistet werden muss.
- steigende Energiekosten nicht dazu führen dürfen, dass Menschen in die Überschuldung geraten.

3. Der Staat muss kleine und mittlere Unternehmen unterstützen, die durch die Energiekrise in ihrer Existenz gefährdet sind.

4. Zur Finanzierung entsprechender Maßnahmen fordert die Synode eine stärkere Beteiligung von Vermögenden und Besserverdienenden, zum Beispiel durch höhere Steuern für hohe Einkommensgruppen oder eine grundgesetzkonforme Gestaltung einer Vermögenssteuer.

5. Kurzfristig fordern wir:

- Monatliche Energiekostenzuschüsse für Geringverdiener:innen, bedürftige Rentner:innen und Studierende, die den aktuellen Energiekosten laufend angepasst werden.
- Die vorrangige Berücksichtigung von Unterstützungsmaßnahmen für Beziehende:innen von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder dem AsylbLG, denn diese sind besonders gefährdet.
- Ein temporäres Verbot von Wohnungskündigungen und Liefersperren wegen ausbleibender Zahlungen für Heizung und Strom.

6. Die Diakonie Deutschland schlägt einen Notfallmechanismus vor: Bei einer vom Bundestag festgestellten sozialen Notlage von nationaler Tragweite sollen Haushalte, die Wohngeld, Kinderzuschlag, Grundsicherung für Arbeitssuchende, Sozialgeld nach dem SGB II oder Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsunfähigkeit beziehen, einen Krisenzuschlag erhalten. Dieser müsste derzeit mindestens 100 Euro pro Monat für eine Dauer von sechs Monaten betragen und regelmäßig angepasst werden. Auch im Katastrophenschutz muss die Perspektive der armen Menschen besonders berücksichtigt werden.

7. Langfristig fordern wir, die Nutzung erneuerbarer Energien mit Nachdruck zu fördern. Auf allen Ebenen müssen Potenziale der Energieeinsparung erschlossen und genutzt werden.

### **III Was tun wir als Evangelische Kirche im Rheinland?**

1. Die Evangelische Kirche im Rheinland sieht sich als verfasste Kirche und Diakonie in der Pflicht, ihre Stimme in der Öffentlichkeit für jene Menschen zu erheben, die in dieser Krise ärmer werden. Armen Menschen und Menschen in Not gilt Gottes besondere Zuwendung. Dies zieht sich wie ein roter Faden durch die biblischen Texte. Die Gemeinde Gottes ist aufgerufen, gleiches zu tun: „Denn ich bin hungrig gewesen,

und ihr habt mir zu essen gegeben.“ „Ich bin nackt gewesen, und ihr habt mich gekleidet.“ (Mt 25,35f.)

2. Die Evangelische Kirche im Rheinland sammelt Spenden und ermutigt alle Menschen, die es sich auf Grund ihrer Einkommenssituation leisten können, Bedürftige direkt oder über Hilfsmaßnahmen zu unterstützen.

3. Die Evangelische Kirche im Rheinland nutzt ihre Ressourcen, um Menschen in der aktuellen Not beizustehen. Das geschieht über die Werke der Diakonie ebenso wie auf allen Ebenen der verfassten Kirche. Beide arbeiten in dieser Krise noch enger zusammen und beziehen sich aufeinander. Eine besondere Aufgabe haben die Gemeinden, da sie in der Lage sind, soziale Netze vor Ort aufzubauen und zu stärken. Es gilt, die guten Initiativen und Beispiele zu sammeln und anderen als Anregung weiterzugeben.